

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Vertrauenspreis 1 Mk. für die 6-pfeilige Kreispost oder deren Raum, Postamt, die 2-pfeilige Kreispost 2.50 Mk.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 208.

Dienstag den 6. September 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Rugholzversteigerung.

In Königliches Gathhof zu Raundorf Montag den 12. September 1921 vorm. 10 Uhr: 4013 m. Stämme 10/23 u. m. cm, 1293 m. Röße 8/23 u. m. cm, 810 m. Verbhänge 8/15 cm u. 3395 m. Reiskanaren 2/7 cm. Schläge: in Abt. 7, 8, 41, 42 u. 43 und Durchforstungen in Abt. 14 und 19

Forstrevierverwaltung Raundorf.

Forstrentamt Tharandt.

Raundorfer Staatsforstrevier.

Fleischbeschau.

Der praktische Tierarzt J. Wagenbichler in Wilsdruff ist während des Urlaubes des Tierarztes Zieschank als dessen Vertreter für die Ausübung der wissenschaftlichen Fleischbeschau in Pflicht genommen worden.

Reichen, am 3. September 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes mit Bayern haben begonnen. Der Reichskanzler hat im Reichstagsauschuss eine Rede darüber gehalten.
- * Der Reichskanzler hat mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Reichsbegünstigten von Kameraden erteilt.
- * Die Aufhebung der Reichswehrstelle ist durch das zu künftige Ministerium verfügt worden.
- * Die Stellung der Deutschen Volkspartei zu Weimarer Verfassung wurde durch mehrere öffentliche Kundgebungen erneut klargestellt.
- * Infolge der erhöhten Lohnforderungen beabsichtigt der Reichslohlenverband eine Steigerung der Kohlenpreise.
- * In England werden Versuche mit Tanks unternommen, die auch Flüsse durchqueren können.

Umlernen?

Der einstige Oberbefehlshaber der deutschen Hochseeflotte, Admiral Scheer, nimmt, je länger desto öfter, das Wort in der deutschen Öffentlichkeit, um inmitten der hochbrandenden Wellen des Volks- und Parteienkampfes seine Stimme der Vernunft zur Geltung zu bringen.

Er geht von der merkwürdigen Beobachtung aus, daß man anders als gegenüber einem aus selbsttätigen Beweggründen begangenen Verbrechen einer politischen Mordtat eine eigenartige Nachsicht entgegenzubringen pflegt. In dieser Erscheinung findet er den Beweis, ebenso für eine Verwilderung der sittlichen Begriffe wie für große politische Unreife.

Er kehrt zunächst zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zurück, um die Frage zu prüfen, ob ein politischer Mord an und für sich zu rechtfertigen oder zu entschuldigenden sei. Der einem politischen Gegner gegenüber jedes Mittel für erlaubt halte, höre auf, mit einer Gesandtheit unserer Verhältnisse zu rechnen. Deshalb müsse er den politischen Mord ein größeres Verbrechen nennen, als den seinen hinterlistigen Überfall aus Raublust oder sonstigen Gelüsten. Könnte man den auswärtigen Feinden, gegen deren Machtgelüste wir jahrelang gemeinsam gekämpft haben, eine größere Genugtuung bereiten als das Schauspiel innerer Injustiz und Uneinigkeit unter Deutschen, die sich gegenseitig mit Waffen des Mordmordes bekämpfen?

und Not tue, sei kameradschaftliches Hand-in-Hand-Arbeiten. Die aufgeregte Geschäftigkeit müsse redlicher Verständigung weichen. Wir könnten weder nationalstiftische noch bolschewistische Ziele gebrauchen. Insbesondere sei die Jugend Deutschlands zu warnen, ihre Hoffnung auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen, sonst müßten wir rettungslos im Abgrund versinken.

Ein Einspänner? Vielleicht. Doch darf immerhin daran erinnert werden, daß auch andere militärische Führer, wie General Hoffmann, Generalleutnant von Schönau, in letzter Zeit sich wiederholt in ähnlichem Sinne geäußert haben. Umlernen im Gegensatz zu anderen maßgebenden Leuten, die von der Gegenwart nichts wollen und ihren Blick in die Vergangenheit richten.

Volkspartei und Verfassung.

„Gegen jede ungesetzliche Änderung.“

Die Erklärung, die der Redner der deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Kahle, im Überwachungs-ausschuss des Reichstages bei der Aussprache über den Ausnahmezustand in Bayern abgegeben hat, ist der Gegenstand einer politischen Debatte geworden, die auch für die Frage einer Erweiterung der Regierungsbasis wichtig ist.

Wie unser Berliner Mitarbeiter von bestunterrichteter beteiligter Seite aus den Kreisen der Volkspartei erzählt, hat Prof. Kahle mit diesen Worten (entgegen der Auslegung, die sie bei anderen Kreisen irrtümlich gefunden haben) nicht ein Bekenntnis ablegen wollen, daß er persönlich ein überzeugter Republikaner sei, wohl aber betonte er, daß er diese nun einmal gegebene republikanische deutsche Verfassung anerkennen, führen und schützen wolle.

eine parteiunabhängige Erklärung

noch besonders unterstrichen, in der es heißt: Die Erklärung des Geheimrats Kahle wird von einigen Blättern als eine Änderung der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Frage der Staatsform behandelt. Diese Auffassung ist unzutreffend.

Obwohl diese Erklärung, wie auch in ihr selbst betont wird, nichts eigentlich Neues bringt, hat sie neben den Worten Kahles doch den Anlaß gegeben, daß jetzt die Stellung der Volkspartei zur Regierung erneut erörtert wird. Die Partei hat sich bekanntlich seit langem zur Mitarbeit in der Regierung bereit erklärt, aber die Sozialdemokraten wollten nicht in eine Koalition mit der Volkspartei eintreten.

müsse. Die Sozialdemokraten aber verhalten sich, wenigstens nach den Äußerungen des Vorwärts, in dieser Frage immer noch ablehnend und begegnen diesen Erklärungen mit ausgesprochenem Mißtrauen.

Kahl wiederholt sein Bekenntnis.

In der Sonnabend-Sitzung des Überwachungs-ausschusses kam der Abg. Dr. Kahle nochmals auf seine Stellungnahme zur Reichsverfassung zurück und sprach diesmal auch ausdrücklich im Namen und Auftrag seiner Parteifreunde Beder und Stresemann. Er betonte seinen grundsätzlich monarchistischen Standpunkt.

Verhandlungen mit Bayern.

Die Aussprache im Überwachungs-ausschuss. Nachdem die Freitagssitzung im Reichsausschuss des Reichstages recht lebhaft Auseinandersetzungen über die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern gebracht hatte, ließ der Verlauf der Sonnabend-Sitzung deutlich erkennen, daß die kritische Situation eine Entspannung erfahren hat, und daß der Konflikt auf dem Wege der Verhandlungen zwischen Berlin und München gelöst werden wird.

Eine neue Kanzlerrede.

Dann ergriff Reichskanzler Dr. Brüning das Wort und betonte, er sei gern bereit, persönliche Worte zu sprechen. Der Kanzler ging zunächst auf die Notwendigkeit ein, die Plakatensur in Bayern aufrecht zu erhalten. Er knüpfte dabei an ein Plakat an, das in München die Erlaubnis zum Anschlag bekommen habe, obwohl es schwere Beschimpfungen gegen den ermordeten Abg. Erzberger enthielt.

Der Kanzler teilte dann mit, daß er bereits eine Besprechung mit den beauftragten Herren aus Bayern abgehalten habe. Man habe dabei die Gesamtlage, wie sie sich im Reich und in Bayern ergeben hat, eingehend und sachlich miteinander durchgesprochen. Es habe sich aber herausgestellt, daß doch auch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden war, die beseitigt sind, weil die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung den Herren aus Bayern noch nicht bekannt waren.

zu einer Einigung kommen

könnte. Infolgedessen solle die bayerische Staatsregierung zunächst in den kommenden Tagen zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen, und dann wolle man Anfang nächster Woche in Berlin wieder zusammenkommen, um die Beratungen zu einem guten Ende zu bringen.

Die Begnadigung der Kommunisten.

Nach der Rede des Kanzlers gab der Justizminister Schiffer Auskunft über die Begnadigung zahlreicher Teilnehmer am kommunistischen Aufstand in Mittelhessen. Die einzelnen Fälle seien sorgfältig nachgeprüft worden, jedoch sei diese Arbeit noch nicht abgeschlossen. Er persönlich habe Bedenken dagegen, bei jedem Teilnehmer an diesem Aufstand erfolge Genugtuung anzubekunden. Diese Bedenken seien verstärkt worden durch Berichte aus den Buchhäusern, wonach die verurteilten, hinfälligen